

Ja zum Leben macht zornig

Deutscher Umwelttag 1986 zeigte Mut zum Handeln

(hi). Vom 6. bis 8. Juni versammelte sich in Würzburg eine Große Koalition, zusammengerufen von Natur- und Umweltschutzverbänden, Bürgerinitiativen und Verbraucherzentralen. 20 000 bis 30 000 Bürger, meist jüngere, kamen zum ersten Deutschen Umwelttag zusammen. „Ja zum Leben – Mut zum Handeln“ lautete das Motto, unter dem diese Großveranstaltung stand.

Als einseitig ideologisch geprägt wurde dieses Motto wohl nur von den Verweigerern angesehen, die diesmal rechts standen. Als der CSU angehörige Mandatsträger im Freistaat Bayern verweigerten sie ebenso wie das Umweltbundesamt in Berlin Zuschüsse, die den Veranstalter wenigstens einen Teil des ausgewiesenen Defizits von 400 000 DM erspart hätten. Aber das gehört wahrscheinlich dazu, wenn sich Bürger in ihre eigene Zukunft einmischen, wie das Hubert Weinzierl formulierte, der Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland.

Würzburgs Bürger, vor der Veranstaltung von einer Zeitung befragt, meinten, der Umweltschutztag werde das Geschäft am verkaufsoffenen Samstag wohl nicht stören. Er tat es auch nicht. Es gab überhaupt keine „Störungen“,

wie sie von Brok- bis Wackersdorf oft recht genüsslich dem Publikum vorgeführt werden. Zorn über den Zustand unserer Umwelt und die rigide Gesellschaft der Herrschenden machte sich hingegen schon breit im verregneten Würzburg. Tausende trugen ihn mit nach Hause. Wie auf diesem Boden die „Saat einer zärtlicheren Kultur“, die Weinzierl forderte, aufgehen wird, bleibt abzuwarten. Die Zeit, in der Fensterreden willig oder teilnahmslos hingenommen werden, scheint für viele endgültig vorbei zu sein. Da ertönte eine Hausfrau und Mutter frenetischen Beifall mit ihrer Aufforderung, die Industrie zu zwingen, damit die Industrie die Politik nicht zwingen könne, uns zu zwingen.

Ähnliche Töne schlugen auch die prominenten Vertreter der Umweltschutzbewegung an. Robert Jungk sprach vom Betonstaat, in dem sich nichts

mehr bewege; Steinwürfe seien da oft Ausdruck von Verzweiflung. Es sei an der Zeit, daß auch andere Kräfte ans Ruder kämen. Für Christa Reetz vom Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz bedeutet Ja zum Leben ein kompromißloses Nein zur Atomenergie. Eine Ansicht, die nach Tschernobyl gewiß von noch mehr Menschen geteilt wird.

Wer auf der Seite des Lebens stehe, so Hubert Weinzierl, habe mit Tschernobyl einen psychischen GAU erlebt, der ihm mehr als nur die Freude am Hausgarten, an Kindern und der Zukunft getrübt habe. Dieser habe vielmehr eine immerwährende Angst hinterlassen, alles sei anders geworden: „Weil wir jetzt endgültig wissen, daß nicht nur Flugzeuge, Raketen und Raumfahrzeuge abstürzen oder Giftunfälle an der Tagesordnung sind, sondern weil eben auch das scheinbar Ausgeschlossene, das Unvorstellbare passiert ist. Weil feststeht, daß Radioaktivität keine Grenzen kennt und daß es keine friedliche Atomenergie gibt. Wer in dieser Situation nicht bereit ist, seine Risiko-philosophie zu verändern, wer weiterhin mit Beschwichtigung und Halbwahrheit, mit Desinformation und Sicherheitsversprechungen den Bürger täuscht, handelt kriminell.“

Würzburger Erklärung

Mit der Würzburger Erklärung, die am 8. Juni 1986 vom Vorsitzenden des Deutschen Umwelttages, Prof. Reinhard Sander, vorgestellt wurde, ist versucht worden, umfassende Handlungsanleitungen zu formulieren. Wir veröffentlichen sie nachfolgend im Wortlaut, weil sie deutlich machen, daß auch Energiepolitik und Energietechnik im Kontext zu allen Bereichen menschlichen Handelns und Wirtschaftens gesehen werden müssen.

Landschaft

Wir alle übernutzen die Landschaft: Industrie, Landwirtschaft, Freizeit und Erholung. Diese Übernutzung muß ein Ende haben. Vorrangiges Ziel ist die Erhaltung der Lebensräume. Menschliches Handeln darf nicht zum Artentod führen.

Maßnahmen hierzu sind:

- Schaffung eines bundesweit vernetzten Systems der Biotopsicherung
- Regelungen für den Bodenschutz, die Schädigung des Landschaftshaushaltes ausschließen
- Stopp des weiteren Landschaftsverbrauchs durch Verkehr, Industrie-, Gewerbe- und Wohnbebauung
- Statt Massentourismus vorrangige Förderung aller Formen sanfter Erholung
- Verstärkte Einstellung ökologisch geschulter Fachleute in den öffentlichen Verwaltungen, vor allem auch in Führungspositionen.

Landwirtschaft

Naturschutz und bäuerliche Landwirtschaft gehören zusammen. Nur der klein- und mittelbäuerliche Betrieb kann die Voraussetzungen für eine ökologisch gesunde Kreislaufwirtschaft schaffen, die zugleich Ausweisungen von Schutzgebieten langfristig in vielen Fällen entbehrlich macht.

Die Bauern dürfen nicht zu Opfern industrieller Produktionsformen gemacht werden. Aber auch sie stehen in der Verantwortung umweltverträglich zu wirtschaften.

Maßnahmen hierzu sind:

- Existenzsicherung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe durch eine entsprechend geänderte Agrarpolitik, vor allem durch Einführung gestaffelter Preise, wo immer dies möglich ist
- drastische Reduzierung des Pestizideinsatzes mit dem Ziel einer giffreien Landnutzung
- Einführung von Bestandshöchstgrenzen in der Tierhaltung unter Berücksichtigung der Fläche
- Unterbindung medikamentöser Tierhaltung
- Einstellung der Futtermittelimporte aus Übersee
- Verzicht auf Biospritproduktion
- Streichung der Landwirtschaftsklausel aus den Naturschutzgesetzen.

Wirtschaft

Marktwirtschaftliche Instrumente wie Umweltabgaben oder Steuern sind nur dort berechtigt, wo sie gleichzeitig der Umweltverbesserung dienen. Die Kosten möglicher Umweltschäden müssen in die betriebliche Kalkulation mit einfließen. Umweltbelastende Produktionszweige müssen zur Sicherung der Arbeitsplätze vorrangig saniert werden.

Maßnahmen hierzu sind:

im Bereich der **Energie**

- Neuordnung der Energieversorgungsstrukturen durch Dezentralisierung und Bedarfsorientierung, Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes
- Förderung der Energieeinsparung in jeder möglichen Weise
- Erschließung erneuerbarer und sauberer Energiequellen
- Stilllegung aller Atomanlagen in Ost und West
- Sofortiger Baustoff von WAA und Schnellem Brüter.

im Bereich der **Luft- und Gewässerreinigung**

Systematische Verschärfung der Vorschriften in den Bereichen

- des Schutzes vor radioaktiver Strahlung
- der Luftreinigung
- des Gewässerschutzes

im Bereich der **Abfallwirtschaft**

- konsequente Durchsetzung der Prinzipien der Vermeidung, Getrennt-

sammlung und Wiederverwertung von Müll und Altmaterialien

○ Lösung des kostenintensiven Altlastenproblems durch Besteuerung von Grundstoffen der chemischen Industrie

im Bereich des **Verkehrs**

○ Förderung umweltfreundlicher Verkehrsarten (Fußgänger, Radfahren, öffentlicher Verkehr)

○ größere Flächen und mehr Rechte für diese Verkehrsarten

○ Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Mineralölsteuer unter Ausgleich für den Berufsverkehr in ländlichen Räumen.

Technik

Die Weiterentwicklung der Technik ist auf dem Gebiet der Umweltvorsorge entscheidend voranzutreiben. Neue Technologien sind öffentlicher Kontrolle zu unterziehen, Verfahren zur Abschätzung der Technologiefolgen durch neu zu schaffende unabhängige Institutionen sind dafür Voraussetzung.

Maßnahmen hierzu sind:

○ Festsetzung richtungsweisender umweltverträglicher Zielvorgaben für die Technik

○ gesellschaftliche Kontrolle der technischen Überwachung u.a. durch Schaffung eines technischen Unterbaus der Umweltverwaltung

○ weltweites Moratorium für die Gentechnologie.

Forschung/Ausbildung

Eine massive Förderung von Forschung und Ausbildung im biologisch-ökologischen Bereich ist dringend notwendig. Hier bestehen besonders große Defizite. Vor allem sind die systematischen Grundlagen und die Artenkenntnisse zu vertiefen und zu vermitteln.

Maßnahmen hierzu sind:

○ Entwicklung eines Forschungsprogramms „Öcologica“ mit Schwerpunkt Ökosystemforschung

○ auf allen Stufen des Schul- und Bildungssystems müssen biologisch-ökologische Grundkenntnisse elementares Bildungsgut werden

○ Fortbildung aller Verantwortlichen in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft

○ Ausbau der ökologischen Forschungs- und Lehrkapazitäten

○ Förderung der außerschulischen Erziehung im Umweltschutz.

Umweltrecht

Im Umweltschutz herrscht mehr rechtliches Chaos als rechtliche Ordnung. Schutzniveau und Kontrolle sind unzureichend. Wir fordern bessere Gesetze und Abbau der Vollzugsdefizite:

○ Ausbau des Vorsorgeprinzips

○ Umweltschutz muß einklagbares Grundrecht werden

○ Erweiterung der Beteiligungsrechte für alle Bürger

○ bundesweite Einführung der Verbandsklage

○ Öffentlichkeit der Umweltakten für jedermann

○ Erstellung eines Defizit-Kataloges und Vereinheitlichung des Umweltrechts mit dem Ziel der Schaffung eines eigenständigen Umweltgesetzbuches

○ Einführung eines Umweltschadensrechts

○ Verabschiedung eines Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Umweltbewegung hat sich in einem breiten Bündnis von Natur- und Umweltschützern, Friedensbewegten, Bürgerinitiativen, Bauern, Christen und Verbrauchern ohne ideologische Scheuklappen und ohne parteipolitische Abgrenzung zu diesem Deutschen Umwelttag zusammengefunden. Idee, Planung und Vorbereitung haben ein hohes Maß von Gemeinsamkeit entstehen lassen. Diese Gemeinsamkeit werden wir weiter praktizieren.

Energiebus macht Energieberatung mobil

Gefördert von der Generaldirektion Energie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dem Land Hessen kam in Kassel der erste deutsche „Energiebus“ ins Rollen. Betreiber ist die Enco Energie-Consulting GmbH, Kassel, die für einen Tageseinsatz einschließlich aller Nebenkosten 3300 DM (ohne MWSt.) berechnet. Ergeben die Analysen vor Ort keine wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen zur Energieeinsparung, kostet der Einsatz nichts. Ein 40%iger Staatszuschuß könnte die Kosten für den Kunden deutlich reduzieren.

„Gut analysieren, dann rationalisieren“ heißt das Motto, nach dem Anleitungen für sinnvolles Energiemanagement erarbeitet werden. Das geht in vier Schritten vor sich:

1. Erkenntnisse sammeln, Verbrauchsdaten erfassen, Zielsetzung definieren;
2. Analyse des Ist-Zustandes, Ermittlung des Einsparpotentials und der möglichen Emissionsreduzierung; Zusammenstellung der Maßnahmen und wirtschaftliche sowie ökologische Bewertung.

3. Erstellung eines Energie- und Emissionskonzeptes, Zeitplan für die Realisierung, Vorschläge für die organisatorischen Voraussetzung, Finanzierungsvorschläge, Förderanträge;
4. Verwirklichung des Konzeptes und Erfolgskontrolle.

Aufgabe des Energiebusses sei es, auf solider neutraler Basis eine Datenerhebung, Beurteilung und Bilanzierung von Energieabläufen in Betrieben, Gebäuden und bei jeglichen anderen energetischen Prozessen durchzuführen und die Energieeinsparpotentiale aufzuzeigen. Das Fahrzeug steht allen Betrieben, Institutionen, Verbänden, Kommunen und Privatpersonen uneingeschränkt gegen Kostenbeteiligung zur Verfügung. In den Schwerpunktbereichen Textil, Brauereien und Fleischverarbeitung wird, neben der allgemeinen Förderung vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, eine zusätzliche finanzielle Förderung durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gewährt.

Über Funktelefon und on-line ist der Energiebus mit der europäischen Datenbank in Ispra, Italien, direkt verbunden. Mit der in dem Fahrzeug integrierten elektronischen Meß- und Datentechnik sowie der langjährigen Erfahrung der Busbesatzung sei kurzfristig – meist schon nach einem Besuchstag – eine Aussage über den energetischen Zustand eines Betriebes, Gebäudes, einer Anlage oder deren Prozesse möglich. Der zu beratende Kunde erhält noch am gleichen Tag, einen umfangreichen Statusbericht zur untersuchten Anlage. Gleichzeitig werden technische und wirtschaftliche Lösungsvorschläge zur Verbesserung und Optimierung des vorgefundenen Zustandes erarbeitet und in einem Protokoll festgehalten.

Anschrift: Enco GmbH, Energie-Consulting, Luisenstraße 5b, 3500 Kassel.



Einsatzbereit, der erste deutsche Energiebus. Seine Mannschaft und die Ausrüstung des Fahrzeugs gewährleisten eine schnelle und gründliche Energieberatung, die aufzeigt, wie Energie gespart und Emissionen reduziert werden können.